FORVM GEOPOLITICA
Independent Commentary on a Fractured World

Ludvík Svoboda (Staatspräsident) und Alexander Dubček (Parteichef) – im Bild in der Mitte – waren 1968 die symbolischen Leitfiguren des Prager Frühlings in der damaligen Tschechoslowakei.

Die negative Kontinuität westlicher Außenpolitik

Die Aussage eines amerikanischen Generals aus dem Jahr 1968 zeigt, wie Washingtons gezielte Sabotage des Potsdamer Abkommens – und nicht die sowjetische Aggression – Europa spaltete und den Grundstein für die heutigen Konflikte legte.

Andreas Mylaeus / René Zittlau

Mi. 02 Sep 2026 15 Leseminuten

Einleitung

Beim Sammeln von Material für ein neues Projekt stiessen wir auf einen Artikel aus dem Jahre 1968. Der Titel lautet „Die Besetzung der CSSR durch die Warschauer-Pakt-Mächte“. Veröffentlicht wurde er in der November-Ausgabe 1968 der amerikanischen Zeitschrift „The Churchman“.

Der Autor, Hugh Bryan Hester (1895 - 1983), nahm als Offizier der US-Armee an beiden Weltkriegen teil. Als Leiter des US-amerikanischen Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsprogramms für Deutschland von 1945 bis 1947 erlangte er einen tiefen Einblick in die amerikanische Politik gegenüber Nachkriegsdeutschland. In den Jahren 1947 – 1948 war er Militärattaché der USA in Australien.

Hugh Bryan Hester - Quelle: Wikipedia

Erkenntnisse eines Augenzeugen

In der Hochzeit des Kalten Krieges beschreibt der Artikel die Verlogenheit westlicher Politik am Beispiel der westlichen Kritik am Einmarsch des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei im August 1968. Hester kritisiert den Einmarsch, setzt ihn jedoch in Relation zur Politik der USA und Westdeutschlands, deren Logik den Einmarsch keinesfalls „absolut grundlos“ machte.

Den damals in der westlichen Presse propagierten Vergleich mit der Besetzung der Tschechoslowakei im Jahre 1938-39 durch Hitlerdeutschland benennt er klarsichtig als „sehr gefährlich für den Weltfrieden“.

Im Weiteren zeichnet Hester einen weiten Bogen von 1945 bis zur Gegenwart, also 1968, ausgehend vom absichtlichen Bruch des Potsdamer Abkommens. Die konkrete Beschreibung der logischen Folgen dieser bewussten, gezielten Zerstörung des Abkommens und somit der Anti-Nazi-Koalition durch die USA und Großbritannien aus der Feder eines amerikanischen Augenzeugen eröffnet nicht nur einen Blick auf diese entscheidende Zeit deutscher Nachkriegsgeschichte. Hester beschreibt, wie die USA bereits vor dem 8. Mai 1945 den USA nützliche Kriegsverbrecher in die USA ausflogen und damit den Geist des Potsdamer Abkommens bereits vor seiner Unterzeichnung verrieten und seine Umsetzung schon vorab unmöglich machten.

Er lässt keinen Zweifel an dem Verursacher der Spaltung Deutschlands und damit Europas nach dem Krieg:

„Für die Amerikaner, scheint es mir, ist es von höchster Wichtigkeit, sich immer wieder zu erinnern, dass die Sowjet-Regierung ihre Besetzungszone erst in einen selbständigen deutschen Staat — nämlich die Deutsche Demokratische Republik umwandelten, nachdem die drei Westmächte unter Führung der USA die «Bundesrepublik Deutschland» geschaffen hatten; dass die Sowjets kleine Militärkräfte der DDR erst aufstellten, nachdem die drei Westmächte begonnen hatten, die BRD aufzurüsten und dass sie schliesslich den Warschau-Pakt erst organisierten, als die NATO schon bestand.“

Beim Lesen fühlt man geradezu einen inneren Zusammenhang zwischen den Entwicklungen in Europa seit den durch Hester beschriebenen Nachkriegsereignissen von 1945 über die Umwälzungen von 1990 bis zur Gegenwart.

Die NATO-Osterweiterung, der Ukraine-Konflikt von seiner Entstehung in den frühen 1990er Jahren bis zu seiner aktuellen Ausprägung, der Bruch des 2+4-Vertrags, der Istanbuler Vereinbarungen von 1990 über gleiche Sicherheit, der Verträge Minsk-1+2, die Torpedierung der Istanbuler Vereinbarungen zur Beendigung des Konfliktes in der Ukraine, all das erscheint vor dem Hintergrund eines Artikels aus dem Jahre 1968 als Konstante einer friedensverachtenden westlichen Hegemonialpolitik.

Wenn die heutigen führenden Politiker des Westens die Ursachen der aktuellen geopolitischen Krisen in einer aggressiven Politik von Russland, dem Iran und anderen nichtwestlichen Staaten darzustellen versuchen, so vermittelt der Blick in die Erkenntniswelt des Jahres 1968 eines hohen amerikanischen Offiziers eine überraschend klare Perspektive dafür, wer seit 1945 den Weltfrieden immer wieder bedroht.

Ein Exkurs

Der nachstehende Artikel wurde 1968 in der Zeitschrift „Neue Wege“ der Bewegung des „Religösen Sozialismus“ nachgedruckt und so dem deutschsprachigen, europäischen Publikum zugänglich gemacht. Leonhard Ragaz (* 28. Juli 1868, † 6. Dezember 1945) und seine Ehefrau Clara Ragaz-Nadig (* 30. März 1874, † 7. Oktober 1957) waren Mitbegründer dieser Bewegung. Sie entstammten der Arbeiterbewegung und ihre Zeitschrift erschien zuerst 1906. Sie vertrat einen „radikalen Pazifismus“ (der Begriff wurde der Zeitschrift von Lenin zugeschrieben – Werke. Band 21. Berlin 1960, S. 81 f) und Antimilitarismus.

NIE WIEDER KRIEG

Zum 60. Geburtstag von Professor Leonhard Ragaz.

Am 28. Juli vollendet Leonhard Ragaz in Zürich sein 60. Lebensjahr. Wenn wir bei diesem an und für sich geringfügigen Ereignis des Jubilaren gedenken, so geschieht es deshalb, weil wir gerne diese Gelegenheit benützen, um dem unermüdlichen Vorkämpfer einmal öffentlich den gebührenden Dank abzustatten. Er ist es nachgerade ge-

das Ragaz immer wieder von neuem beseelt. Wäre es der Ehrgeiz, dann wahrlich hätte Ragaz den entgegengesetzten Weg zur Erreichung des Zieles einschlagen müssen. Nein, wer ihn auch nur einigermaßen persönlich kennenlernt, ist erstaunt über die fast scheue Zurückhaltung, um nicht zu sagen Bescheidenheit, in seinem Auftreten, ist aber auch

Als die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP), der beide 1913 beigetreten waren, 1935 ihren konsequent antimilitaristischen Kurs aufgab, traten beide aus diesem Grund aus.

Zuvor war die SP insbesondere aufgrund der Erfahrungen von 1917 – 1919, der Mobilisierung der Armee gegen Arbeiterproteste, der Obersten-Affäre und schließlich des Einsatzes von Truppen beim Landesstreik 1918 davon überzeugt,

dass die Armee nicht einfach ein neutrales Instrument des gesamten Volkes war. Der Parteitag von 1917 beschloss deshalb einen ausdrücklich antimilitaristischen Kurs: Ablehnung von Militärkrediten und Wehrpflicht sowie Unterstützung von Militärdienstverweigerern. Effektiver Schutz für die Schweiz könne sich nur durch eine internationale Friedensordnung ergeben.

Als aber Hitler 1933 die deutsche Sozialdemokratie zerschlagen hatte (für dieses Vorgehen gab es auch im schweizerischen Bürgertum durchaus Sympathien) und obwohl die österreichische Sozialdemokratie den bewaffneten Kampf gegen das austrofaschistische Regime verloren hatte, setzte die schweizerische Sozialdemokratie dennoch auf eine bewaffnete Verteidigung, in der Hoffnung, die schweizerische Regierung würde die schweizerische Sozialdemokratie am Leben lassen, und eine „demokratisch kontrollierte Armee" würde hinfort im Inland „neutral" sein. Sie ging davon aus, dass die Armee „politisch erobert" bzw. „demokratisiert" werden könne, anstatt sie den herrschenden bürgerlichen Kräften zu überlassen. Die Armee sollte sozusagen einer antifaschistischen, demokratischen Landesverteidigung dienen.

Leonhard und Clara Ragaz waren grundsätzlich anderer Meinung. Sie waren überzeugt, dass der Sozialismus gerade in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus nicht auf die Logik der Gewalt übergehen dürfe. Noch schärfer formuliert: Eine sozialistische Gesellschaftsordnung kann man nicht mit militärischen Mitteln verteidigen. Und noch deutlicher: Eine Gesellschaft kann nicht durch Gewaltmittel gerettet werden, die den Geist der zu rettenden Gesellschaft selbst zerstören. Militärische Gewalt reproduziert letztlich die Logik von Herrschaft und Gewalt. Dies hatten sie am Beispiel der Bolschewisten gesehen.

Je mehr die schweizerische Sozialdemokratische Partei politisch in die Regierungsarbeit in der Schweiz integriert wurde, um so schwächer wurde ihre Ablehnung der Militärgewalt. Mit anderen Worten: Wer selbst an der Macht teilhaben darf, möchte auch gerne die militärischen Mittel für diese Herrschaft nutzen dürfen.

Leonhard und Clara Ragaz sahen voraus, dass die ursprüngliche Erkenntnis der SP, nach der die Armee nicht einfach ein neutrales Instrument des gesamten Volkes war und die Machthaber einerseits und das Volk andererseits zwei grundsätzlich unterschiedliche Entitäten sind, verschwinden würde.

Auch wenn man den konsequent gewaltfreien und antimilitaristischen Gedanken der Zeitschrift „Neue Wege" selbst nicht folgt, wäre es aber doch von Vorteil, sich mit diesen Gedanken gründlicher auseinanderzusetzen und sie nicht einfach „aus

dem Handgelenk heraus“ wegzuwischen, wie dies leider auch kritische Geister tun, die abfällig von „pazifistischen Träumern“ sprechen.

Nach diesem Exkurs kommen wir nun dann hier zu dem Originalartikel von 1968:

Die Besetzung der CSSR durch die Warschauer-Pakt-Mächte

Redaktioneller Vorspann der Zeitschrift „Neue Wege“ der Ragaz-Bewegung:

Wenn man zu einem abgewogenen Urteil über die Besetzung der Tschechoslowakei gelangen will, sollte man u. E. die Überlegungen eines General Hester nicht übersehen. Hugh B. Hester war 1945-47 verantwortlich für das USA-Ernährungs- und Agrarprogramm in der amerikanisch besetzten Zone Deutschlands. Er gewann in dieser Eigenschaft wie selten jemand Einblick in die Hintergründe der deutschen Nachkriegspolitik. Ebenso deutlich konnte er die Wirkungen der Kehrtwendung der USA-Aussenpolitik, wie sie bei Roosevelts Tod erfolgte, am deutschen Objekt studieren. Er zeigt im Wesentlichen, dass die Warschau-Pakt-Mächte, angesichts der Reaktion in Deutschland und der gesamten westlichen Presse, Grund zur Angst hatten.

Von Hugh B. Hester

Die Johnson-Regierung, die Massenmedien des Westens, insbesondere diejenigen der USA und Westdeutschlands, haben der Welt einzureden versucht, die Besetzung der Tschechoslowakei sei absolut grundlos erfolgt, sie sei etwas noch nie dagewesenes. Weder das eine noch das andere ist wahr. Der unmittelbare Grund der Spannung unter den Warschau-Pakt-Mächten war der Führungswechsel in der CSSR im Januar. Die sofortige offizielle Reaktion und das Echo bei den Massenmedien war begeisterte Zustimmung. Die neuen politischen Führer in der CSSR bezeichneten den Wechsel als «kleine Befreiung». Anderseits erregte die scharfe tschechische Kritik an der Sowjetunion, ihr Plan, die Beziehungen, inklusive diplomatische Beziehungen mit dem revanchistischen Nazi-Westdeutschland zu normalisieren, Misstrauen und Angst bei den Warschau-Pakt-Mächten. Das gilt besonders für die Deutsche Demokratische Republik, die Westdeutschland nach eigenem Geständnis übernehmen will, und für Polen, nachdem die westdeutsche Regierung sich nach wie vor weigert, die Oder-Neisse-Linie als Polens Westgrenze anzuerkennen.

Wie man sich erinnert, ging die offizielle westliche Propagandalinie dahin, innerhalb des sozialistischen Systems sei Freiheit überhaupt nicht möglich. Warum wohl dann das hysterische Geschrei der Massenmedien, wenn nicht mehr beabsichtigt war. Alles was die westliche Presse und selbst führende Journalisten zu schreiben wussten, war

von der Vergewaltigung der CSSR oder von Anschuldigungen des Inhalts, die sozialistischen Staaten könnten nicht einmal eine «kleine Befreiung» dulden. Keiner nahm die Gelegenheit wahr, der falschen Massnahme der Sowjetunion die Besetzung der kleinen Dominikanischen Republik durch die USA (1965) gegenüberzustellen, samt deren interessanter Begründung, die lautete, «eine kommunistische Machtübernahme «in jener Republik würde die Sicherheit der mächtigen USA gefährden». Nicht erwähnt wurde auch die Rede eines früheren Präsidenten des Federal Reserve Board, Marriner S. Eccles, der vor 700 führenden Geschäftsleuten in Washington (27. September 1967) die Regierung Johnsons für den grauenhaften Verbrennungstod einer Million vietnamesischer Kinder verantwortlich machte.

Diese Gegenüberstellung soll durchaus nicht die Besetzung der CSSR oder den Tod auch nur weniger Tschechen rechtfertigen. Nichts liegt mir ferner. Ich verurteile Ungerechtigkeit und Gewalt, wo immer Gewalt vermeidbar ist. Doch die Besetzung der CSSR als absolut einmaliges Ereignis in unserem System der Nationalstaaten hinzustellen und sie Hitlers Griff auf die Tschechoslowakei im Jahre 1938—39 gleichzustellen, ist nicht nur falsch, sondern sehr gefährlich für den Weltfrieden. Das erste Opfer des Kalten oder Heissen Krieges ist bekanntlich die Wahrheit. Und wenn die «freien» Massenmedien und die «Kriegsgeier» (War hawks) den Gegner in dieser Art als Ungeheuer darstellen dürfen, so kann Gott selbst uns nicht vor dem Abgrund eines Weltkrieges III retten. Es ist besonders widerwärtig, wenn hohe Geistliche in dieses Gekläff von höchster Tugend auf unserer Seite und unbeschreiblicher Verruchtheit beim Gegner einstimmen. Amerikaner müssten diese Gefahr angesichts der Joseph-McCarthy-Ära der 50er Jahre erkennen.

Doch Mutmassungen über die unmittelbaren Gründe der gegenwärtigen Krise genügen nicht. Selbst kleine Nationen unternehmen höchst selten ohne guten Grund Schritte, die die internationalen Beziehungen tangieren. Wenn eine Grossmacht so etwas wie die Besetzung der CSSR beschliesst, so darf man die historischen Zusammenhänge nicht ausser acht lassen. In diesem Punkt haben die Massenmedien des Westens offensichtlich versagt.

Das Ziel des Zweiten Weltkrieges, soweit sich die USA offiziell dazu äusserten, war, das Ende des Nazismus in Europa zu erzwingen. Soweit der Zweite Weltkrieg jedoch die Sowjetunion betraf, war er ein Kampf um nationales Überleben. Diesen Unterschied in der Bedeutung darf man nicht übersehen.

Heute finden die Kreise, die in den USA herrschen, dass sie ganz wohl Seite an Seite mit europäischem Nazismus existieren können — sie fördern ihn sogar durch ihren Hauptverbündeten in Europa: Nazi-Deutschland. Die Sowjets und ihre Verbündeten anderseits sind durch ihn gefährdet Der Potsdamer Vertrag vom Juli 1945 bezweckte

die Demilitarisierung, die Auflösung der Kartelle, die Ausrottung des Nazismus und die Demokratisierung Deutschlands. Sobald diese Massnahmen durchgeführt wären, sollten die beiden Teile Deutschlands wieder vereinigt werden. Die Sowjets traten für die erwähnten Massnahmen ein und versuchten sie durchzusetzen — nicht etwa aus der besonderen Reinheit ihrer Motive heraus —, sondern weil die Durchführung dieser Beschlüsse ihre Sicherheit vor einem allfällig revanchistischen Deutschland garantiert hätte. Präsident Trumans Ratgeber, Leute wie James Forrestal, John Foster Dulles und der imperialistische Kriegsfalke Winston Churchill, der unverwüstliche Averill Harriman und Dean Acheson hatten nie im Sinn, sich an ein Potsdamer Abkommen zu halten.

Als ich im September 1945 in Berlin ankam, um meine Stellung anzutreten, waren sich die militärischen Führer (der USA) schon einig, Nazi-Deutschland als Bollwerk gegen die Sowjetunion zu rehabilitieren. Noch bevor ich Deutschland im November 1947 verliess, ging in Militärkreisen die Rede, man müsse die Sowjets nicht nur aus Deutschland, sondern sogar aus Osteuropa vertreiben. Sogar noch bevor am 8. Mai 1945 der Waffenstillstand unterschrieben war, wurde Hitlers Chef des Geheimdienstes, der Ostfront-General Gehlen, nach Washington geflogen, mit einigen seiner hauptsächlichen Mitarbeiter und den notwendigen dokumentarischen Unterlagen. Ein paar Monate später war er samt seinem Stab zurück in Berlin, und zwar im Dienst der USA-Regierung. Seine Instruktionen lauteten: Organisation der Spionage- und Sabotagetätigkeit in der Sowjetzone (DDR) Deutschlands. Nach einigen Jahren im Dienst der USA wurde er mit dem selben Aufgabenbereich von der westdeutschen Regierung übernommen (Es war Schwarzmarkt, Spionage und Sabotagetätigkeit in Westberlin, die die DDR schliesslich zwangen, die Berliner Mauer, auch Schandmauer genannt, zu bauen.)

Es war die Truman-Regierung, nicht die Sowjet-Regierung, die Deutschland teilte. John Foster Dulles (damals USA Staatssekretär) erklärte vor der Overseas-Presse in Paris (24. Januar 1949): «Die Situation in Berlin könnte jederzeit bereinigt werden. Die heutige Lage ist jedoch für die USA günstiger - aus Gründen der Propaganda.»

Dann fuhr er fort: «Wenn wir die Lage in Berlin regulieren, haben wir es mit einem Gesamt-Deutschland zu tun. Wir müssten sofort mit einem russischen Vorschlag auf Rückzug aller Besatzungstruppen und die Rückgabe Deutschlands an die Deutschen rechnen.»

Für die Amerikaner, scheint es mir, ist es von höchster Wichtigkeit, sich immer wieder zu erinnern, dass die Sowjet-Regierung ihre Besetzungszone erst in einen selbständigen deutschen Staat — nämlich die Deutsche Demokratische Republik — umwandelten, nachdem die drei Westmächte unter Führung der USA die «Bundesrepublik

Deutschland» geschaffen hatten; dass die Sowjets kleine Militärkräfte der DDR erst aufstellten, nachdem die drei Westmächte begonnen hatten, die BRD aufzurüsten und dass sie schliesslich den Warschau-Pakt erst organisierten, als die NATO schon bestand.

Die Regierung der Sowjetunion war nicht bloss gegen die Aufteilung von Berlin und Deutschland, wie gegen eine Spaltung Europas in zwei feindliche Lager. Nachforschungen werden ergeben, dass sie die längste Zeit auf der Wiedervereinigung eines abgerüsteten und neutralen Deutschlands bestand, wie auch auf der Abschaffung oder Zusammenlegung der beiden Staatenbünde NATO und Warschau-Pakt. Auch die anderen Mitglieder des Warschau-Pakts forderten immer wieder ein abgerüstetes neutrales und vereinigtes Deutschland, die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze zwischen Polen und Deutschland, wie sie in Yalta festgelegt wurde; sie haben auch jahrelang eine atomwaffenfreie Zone quer durch Europa gefordert, die ganz Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei einschliessen würde. In den Worten des verstorbenen Kalten Kriegers John Foster Dulles diente jedoch eine Ablehnung solcher Forderungen den Interessen der USA — aus Propagandagründen.

Der hervorragende frühere Mitarbeiter des USA-Aussenamtes und Berater in Deutschlandfragen, George F. Kennan, schrieb noch im LOOK-Magazine vom 19. November 1963, er sei Gegner einer Aufrüstung Westdeutschlands und stellte fest, eine solche Wiederaufrüstung mache echte Zusammenarbeit mit Sowjetrussland schwierig, wenn nicht unmöglich. In einem kürzlich der Presse gewährten Interview (Associated Press Release, 21. September 1968), das sich auf die tschechische Krise bezog, empfahl er allerdings die Erhöhung der Viertelmillion amerikanischer Truppen, die schon in Deutschland stehen, um weitere 100 000 Mann. Der «gelehrte Diplomat», als den die Associated Press ihn bezeichnet, ist offenbar wieder zu seinen Auffassungen als Kalt-Kriegs-Theoretiker des Westens zurückgekehrt, publizierte er doch im «Foreign Affairs» vom Juli 1947 als «Mr. X» die These, «es seien der Sowjetunion an jedem Punkt ihrer Grenzen überwältigende militärische Kräfte gegenüberzustellen». Es ist tragisch, dass ein so einflussreicher Politiker wie Mr. Kennan in der heutigen Krise nichts besseres tun kann, als den Kalten Krieg anzuheizen.

Es besteht nicht der geringste Zweifel, dass die Nazi-Anhängerschaft, die noch in Westdeutschland besteht, die verlorenen Gebiete des Zweiten Weltkrieges wieder hereinholen will. Es bestehen Anzeichen, dass sie sogar zu diesen Verlusten zählt, was schon im Ersten Weltkrieg verloren ging. Es sind heute Millionen von früheren Bewohnern Ostpreussens, Westpolens und des Sudetenlandes in Westdeutschland, die das Recht fordern, in ihre frühere Heimat zurückzukehren. Ich habe mit Dutzenden ihrer Vertreter gesprochen.

Eine weitere wichtige Tatsache, von der so wenige Amerikaner etwas wissen, ist die enge Beziehung zwischen dem «Kreuzzug für die Freiheit», «Radio Freies Europa» und der deutschen Fünften Kolonne, die für die Wiederherstellung der Grenzen von 1939 arbeitet. Ich hatte sehr aufschlussreiche Möglichkeiten, diese Beziehungen kennen zu lernen, als ich 1951 als Leiter des Radioprogramms für den «Kreuzzug für den Frieden» in Südpennsylvanien arbeitete. Alle Programme zielten auf die Unterminierung des sozialistischen Einflusses in Osteuropa ab. Radio Freies Europa unter der Leitung der CIA (Central Intelligence Agency: Amerikanischer Geheimdienst) war sehr stark am Aufstand in Ungarn im Jahre 1956 beteiligt.

Angesichts dieses politischen Hintergrundes ist es nicht weiter überraschend dass fünf von den Warschau Pakt-Mächten glaubten, es bestehe ein Plan, die CSSR und dadurch ihre Sicherheit zu bedrohen. Wenn solche Pläne bestanden, geschah die Besetzung zu ihrem Wohl und war nicht ein Verrat, wie dies die westliche Propaganda proklamierte. Auf alle Fälle wurde klar, wie prekär der «Friede» in Europa ist.

Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, dass ein echter Friede in Europa unmöglich ist, es sei denn, Westdeutschland anerkenne seine Niederlage im Zweiten Weltkrieg und verzichte auf alle territorialen Ansprüche an seine Nachbarn, inklusive DDR. Eine der grössten Dummheiten, die die Truman-Regierung kennzeichnen, bestand darin, dass sie die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens nicht durchführte. Bei einem Gesamtdeutschland ohne Kartelle, das neutralisiert und demilitarisiert wäre, und welches nach russischer Auffassung hätte vereinigt werden können, wäre heute Friede in Europa.

Wenn Westdeutschland jedoch wie gegenwärtig fortfährt, Osteuropa zu unterminieren und in diesem Bestreben wie heute von den) USA unterstützt wird, ist ein europäischer Grosskrieg unvermeidlich, und die USA Regierung und das amerikanische Volk werden die Hauptverantwortlichen sein für dieses Weltunglück.

Die Sowjetunion kann und will den Sicherheitsgürtel, den der Warschau-Pakt für sie darstellt, nicht aufgeben, bis ein Abkommen aller Mitglieder von NATO und Warschau-Pakt unterzeichnet ist, das die jetzigen Grenzen der osteuropäischen Länder garantiert. Das ist nun nicht eine Theorie, sondern eine Tatsache, die nur unter Gefahr für uns alle ignoriert wird.

Ein solches Abkommen zustande zu bringen, sollte eines der ersten Ziele der nächsten USA-Regierung sein. Ausser der Sicherung der gegenwärtigen nationalen Grenzen in Europa, sollte das Abkommen auch die Beziehungen diplomatischer, politischer und wirtschaftlicher Art zwischen allen Staaten Europas normalisieren.

Es ist nicht bloss absurd, sondern darüber hinaus sehr gefährlich, dass die USA und ihre NATO-«Verbündeten» sich weigern, die DDR anzuerkennen. Die Deutsche Demokratische Republik stellt seit einem Jahrhundert die erste deutsche Regierung, die mit ihren Nachbarn Frieden halten will. Ausserdem ist sie heute der fünfte Industriestaat in Europa und der zehnte in der Welt, während sie an Volkszahl nur als 27. Staat rangiert.

Ich bin sehr viel in der DDR herumgekommen. Hier, in der DDR, und nicht in Westdeutschland, hat seit dem Zweiten Weltkrieg das Wirtschaftswunder sich ereignet. Hier ist die Saat der besten Eigenschaften des deutschen Volkes gesät worden. Wenn sie sich im Frieden entwickeln darf, wird hier, davon bin ich überzeugt, eine der reichsten und besten Ernten menschlichen Fortschritts heranreifen.

Aus «The Churchman» (November 1968)

ARTIKEL TAGS:

Hester, Hugh B. NATO Analyse Tschechoslowakei Warschauer Pakt